

Dr. Reinhard J. Voß, Generalsekretär der deutschen Sektion von pax christi

„Kriegsprävention statt Präventivkrieg – Alternative Erfahrungen und Perspektiven“

Vortrag in Karlsruhe am 15.7.2003

1.

Zu Beginn eine Vision und eine politisch-realistische Anmerkung.
Die Vision ist von Hildegard Goss-Mayr aus Wien, die mir eine wichtige Ratgeberin in den 90er Jahren beim Aufbau des „Schalomdiakonates“ war:

„Mindestens genau so viel Zeit, Phantasie, Energie, wie wir in den Protest gegen Situationen der Unterdrückung und in Aktionen gewaltfreien Widerstands investieren, benötigen wir für den Aufbau einer Alternative, benötigen wir für den Aufbau eines konstruktiven Programms der Gewaltfreiheit.“

Die realistische Anmerkung stammt aus einem Bericht über die diesjährige 59. UNO-Menschenrechtskonferenz (MRK) in Genf – „ernüchternd bis enttäuschend“ -, an deren Ende UN-Generalsekretär Kofi Annan öffentlich Kritik an deren Arbeit äußerte, da sie ihrer herausragenden Stellung im UN-System zum Schutz von MR nur ungenügend gerecht werde. „Er sieht wohl die Gefahr“, schreibt der in Genf anwesende NGO-Vertreter Theo Rathgeber vom dt. Forum Menschenrechte - „dass die MRK zu einem Gremium verkommen könnte, das durch gegenseitige Blockaden faktisch die Straflosigkeit fördert und so umgekehrt dem Ruf nach „humanitärer Intervention“ (des Militärs) Vorschub leistet.“

Mit diesen beiden Zitaten sind wir schon mitten drin im Problemfeld „ZKB und politische Chancen gewaltfreier Alternativen“. Daraus leite ich zugespitzt meine Anfangsthese ab:

Wenn wir in der Friedensbewegung nur protestieren und nicht Alternativen aufzeigen, werden wir unseren Ansprüchen und Aufgaben nicht gerecht. Und wenn die Gesellschaftswelt es nicht schaffen wird, der (z.B. in der MRK versammelten) Staatenwelt mehr abzurufen an Selbstkritik und Selbstkorrektur im Bereich von MR und Friedensarbeit, von sozialer Gerechtigkeit und Schutz der WSK-Rechte, dann wird die Politik der Stärkeren dominieren, ja Kriegspolitik im Sinne von Verteilungskampf und Abschottungsstrategie der reichen Welt immer wahrscheinlicher und häufiger.

Schauen wir einmal die drei Golfkriege seit den 80er Jahren und unsere Reaktionen als Friedensbewegung an, so sehen wir unseren mühsamen Lernprozess:

- In der Zeit der Abschreckung (80er Jahre) haben wir den Protest gegen Massenvernichtungsmittel aktiviert und nicht zuletzt als Reaktion auf den Irak-Iran-Krieg Kampagnen gegen Rüstungsexporte begonnen, weil wir die Verflochtenheit unserer Industrie und Politik offen legen wollten.
- In der Zeit der Abschottung der reichen Welt (90er Jahre) haben wir vielen Opfern von Ungerechtigkeit, Krieg und Zerstörung geholfen und nach dem 2. Golfkrieg 1991 Alternativen „ziviler Konfliktbearbeitung“ (im Flgd. „ZKB“) mit aufgebaut.
- Nach dem 3. Golfkrieg, dem Irakkrieg dieses Jahres, sind wir trotz massenhaften weltweiten Protestes der Realpolitik zunächst unterlegen und völlig neu herausgefordert, einer Ideologie des „Demokratischen Imperialismus“ entgegen zu treten, die sich mit Freiheit und Religion gürtet, aber faktisch die militärische und ökonomische Dominanz der Welt in Zeiten der Globalisierung betreibt.

„Neben unseren politischen und fachlichen Fähigkeiten sind nun auch unsere prophetischen gefragt.“ – habe ich pax christi-intern formuliert -, d.h. unsere visionäre politische Kraft ist gefragt. Aber ebenso nötig sind Protest und praktische Alternativen: das Nein und das Ja der Friedensbewegung.

Ich konzentriere mich nun auf den Aspekt „ZKB“, da die anderen Aspekte in den anderen vier Vorträgen Ihrer Reihe gut aufgehoben sind.

Dabei gehe ich in drei Schritten vor.

1. referiere ich den Stand, wie ich ihn 2000 zusammen gefasst habe – da bezog sich die Entwicklung weitgehend auf den NRO-Sektor.
2. stelle ich den heutigen Stand vor, mit besonderem Akzent darauf, was regierungsamtlich in Deutschland sowie im „kritischen Dialog“ zwischen Regierung und NROs geschieht.
3. nehme ich Stellung zum Verhältnis ZKB und Militär.

Wenn noch Zeit bleibt, bzw. im Gespräch, gehe ich auch gerne auf mein Lieblingsprojekt der 90er Jahre OeD/Schalomdiakonot ein, dem ich fast ein Jahrzehnt meiner Energie gewidmet habe. (Sonst verweise ich auf mein Buch „Schalomdiakonot“, Idstein 2000)

Ich schließe mit einigen Thesen zur politischen Einschätzung von ZKB heute.

1. Das SPEKTRUM 2000

Zivile Konfliktbearbeitung und Ziviler Friedensdienst

Verstärkte politische Lobbyarbeit verschiedener Friedensorganisationen, die sich zunehmend - bei aller Konkurrenz - gegenseitig unterstützten und verbündeten, führten schließlich zur Gründung des „Forums Ziviler Friedensdienst“ und der gemeinsam mit der AGDF 1996/97 gestarteten Qualifizierungsoffensive in Kooperation mit der Staatskanzlei NRW in Düsseldorf: „Ausbildung in Ziviler Konfliktbearbeitung“. Diese von der „Kurve Wustrow“ und dem Oekumenischem Dienst Schalomdiakonot pädagogisch beratenen 4-monatigen Kurse (einschl. Sprachkurs) hatten einen verpflichtenden Einsatz für ein Jahr in einem Friedensprojekt, meist in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, zur Bedingung und zur Folge. Auch hier sprangen in den ersten Kursen viele der AGDF-Mitglieder erstmalig als Projektträger ein, um diesen Neuansatz überzeugend zu starten (und zu retten). Die wissenschaftliche Auswertung (Martina Fischer 1998) führte zwar zahlreiche Startmängel auf, aber bescheinigte dem neuen Pilotprojekt letztlich die Richtigkeit und Notwendigkeit des neuen Ansatzes. Ein Anfang war gemacht. Und mit Unterstützung der neuen Bundesregierung wurden die Mittel für solche Qualifizierungs- und Präventionsarbeit im Bereich der „Zivilen Konfliktbearbeitung“ von 0 auf 5 Mio (1999) und dann auf fast 20 Mio DM (2000) aufgestockt. Im Vergleich zu den Militärausgaben – und nimmt man nur die Sonderzahlungen für deutsche Soldaten in Bosnien – ist dies fast ein Nichts, aber es ist ein Anfang.

Noch 1997 war eine interfraktionelle Initiative im Bundestag gescheitert, weil die Regierung Kohl den Versuch, einen Zivilen Friedensdienst auf Bundesebene zu etablieren, ablehnte. Man wurde damals ans BMZ verwiesen und dort meist auch mit qualifizierten Anträgen abgewiesen. Hier ist politisch eine wirkliche Kehrtwende passiert, die sicherlich nicht nur mit politischen Grundüberzeugungen erklärt werden kann, sondern auch eine Folge mancher problematischen politisch-militärischen Interventionen ist.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) unterstrich 1999 in einem Policy-paper die Notwendigkeit einer eigenständigen Qualifizierung und Einsatzebene sowie die Dringlichkeit, „ziviles Personal für Friedenseinsätze“ zu schulen: „Ausbildung tut not!“ (Kühne/Benkler 1999) „Der Charakter und damit die Risiken und Anforderungen von Friedenseinsätzen haben sich seit Ende der 80er Jahre grundlegend gewandelt.“ Dabei werden nicht nur die militärischen und technischen Risiken angesprochen (wie Geiselnahmen, Minen, Heckenschützen), sondern auch die „Multidimensionalität“ der Aufgaben moderner Friedenseinsätze: „Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Soldaten, Milizen und Banden, Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit ihren verschiedenen Komponenten (Polizei,

Strafverfolgung und Strafgerichtsbarkeit, Verwaltung), Durchführung humanitärer Hilfsprogramme, Rückführung von Flüchtlingen, Aufbau lokaler, regionaler und nationaler Verwaltungs- und Verfassungsstrukturen, wirtschaftlicher Wiederaufbau, Überwachung der Einhaltung von Menschenrechten, Vorbereitung von Wahlen und anderes“.

Die Politikberater empfahlen nach bisherigen Erfahrungen als Minimum eine 1-2monatige Grundausbildung, 1-2 Wochen Einsatzvorbereitung im Heimatland sowie je nach Bedarf Einsatzvorbereitungen im Einsatzland und Zusatzqualifikationen. Eine „praxisnahe, integrierte, multinationale Ausbildung“ sei wichtig. Sie hoben fünf „Angebote nationaler Einrichtungen“ hervor:

- das UN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr in Hammelburg
- das Polizeifortbildungsinstitut Carl Severing in Münster („Stress-, Konflikthandhabungs- und Kommunikationstraining“ sowie Sprachkurse)
- die Bundesgrenzschutzschule in Lübeck („Basisfortbildung Ausland“)
- die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk („Praxisorientiertes Training für ausreisende Helfer in der Humanitären Hilfe“)
- und schließlich die im vorliegenden Zusammenhang erwähnte
- die „Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung für zivile Konfliktbearbeitung/ Zivilen Friedensdienst“ in Nordrhein-Westfalen (von NRW und BMZ geförderte 16-wöchige Vorbereitung). In diesem Projekt waren bis dahin 37 Fachkräfte ausgebildet worden (heute über 120). So entsteht ein „Pool von Friedensfachkräften, die auf dem europäischen Arbeitsmarkt kaum zu finden sind“.

„Entwicklungsdienst ist Friedensdienst“?!

Es wurde klar, dass Friedenseinsätze nicht mehr einfach unter „Entwicklungshilfe“ subsummiert werden konnten; gleichwohl kamen diese Aspekte auch immer stärker in der Entwicklungshilfe zum Tragen - zum einen, weil Bürgerkriege in kürzester Zeit alle Entwicklungsanstrengungen vernichten, und zum anderen, weil angesichts der Komplexität und „Multidimensionalität“ auch Entwicklungsexperten sich zunehmend mit Fragen der Konfliktbearbeitung und interkulturellen Dimension befassen müssen.

Die Entwicklungsdienste außerhalb der AGDF - namentlich der staatliche DED, die evangelische DÜ und die katholische AGEH - hielten sich bis 1997 sehr zurück, starteten aber 1997/98 - zumal sich unter der neuen rot-grünen Regierung ab Herbst 1998 dann eine konkrete Förderung, ebenfalls über das Entwicklungsministerium abzeichnete - eine Offensive unter dem Motto „Entwicklungsdienst ist (und war schon immer) Friedensdienst“ (AGEH 1997). Mittlerweile haben diese Dienste konzeptionell und finanziell den Ansatz der

zivilen Konfliktbearbeitung und des Zivilen Friedensdienstes geschickt und stark integriert; so warb die kath. **AGEH 1999** in einem neuen Prospekt „Entwicklung ist der neue Name für Frieden. Fachkräfte im „Zivilen Friedensdienst“: „Frieden und Entwicklung sind im Rahmen der kirchlichen Entwicklungsarbeit von Beginn an als Einheit gedacht. (...) Entwicklung ist Frieden und Frieden ist Entwicklung.“ - Projekte in Uganda, Mozambik und im Kosovo wurden empfohlen - mit folgenden Aufgabenschwerpunkten:

- Mitarbeit beim Aufbau und der Qualifizierung von lokalen Teams zur Arbeit mit traumatisierten Bevölkerungsgruppen
- Training des pädagogischen Personals
- Medienarbeit
- Anregung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen
- psychosoziale Unterstützung von Kriegsflüchtlingen
- Mitarbeit in Begegnungszentren.

Als erfreuliche Tendenz war also Ende der 90er Jahre festzustellen, dass der Impuls aus der Friedensbewegung, zivile Konfliktbearbeitung auszubauen oder gar einen „zivilen Friedensdienst“ neu zu schaffen, gesellschaftspolitisch „angekommen“ war - allerdings noch nicht in Form neuer Institutionen, wie viele Initiatoren und Pioniere sich dies erhofft hatten. Die überkommenen Institutionen haben sich in wenigen Jahren auf die neue Lage eingestellt und sind dabei, inhaltlich, politisch und finanziell die neuen Impulse für sich zu nutzen und sich dabei zu reformieren und neu zu orientieren.

Ich habe Anfang 2000 die damaligen Perspektiven so zusammen gefasst:

Es wird sich zeigen, ob es gelingt - und es wäre wünschenswert -, eigene Friedensprojekte im Aus- und Inland zu entwickeln. Neue „Klein-Projekte“ können als exemplarische Anfänge gelten, auch seitens der Ausbildungsträger Projektarbeit zu fördern. Im erwähnten gemeinsamen Modellprojekt „Ausbildung in ziviler Konfliktbearbeitung“ war diese Kopplung zur Bedingung gemacht und zunächst auf die Länder des früheren Jugoslawien beschränkt, später dann ausgeweitet worden (Fischer 1998).

Die politische Situation in Bezug auf Friedens- und Entwicklungsdienste zum Ende des Jahrhunderts läßt sich also kurz so zusammenfassen:

- Die Entwicklungsdienste entdeckten die in den 50/60er Jahren konzeptionell noch selbstverständliche Kopplung von Friedens- und Entwicklungsdiensten neu - eirene und Weltfriedensdienst haben diesen Zusammenhang in ihren Namen konserviert und schon immer betont. Sie begriffen

Entwicklungsdienst als eine Sparte von Friedensdienst. Die Diskussion gipfelte damals in der Friedensdiskussion beim 13. Evangelischen Kirchentag in Hannover 1967, wo die vorläufige Formel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen“ vielfältig in Richtung des Ausbaus ziviler Friedensdienste vorangetrieben wurde. Das Entwicklungshilfegesetz von 1969 wurde von denen, die dafür gekämpft hatten, als Durchbruch zum „ersten Friedensdienst“ erlebt, leider aber nicht so umgesetzt.

- Die freiwilligen Friedensdienste (viele der über 30 Mitglieder der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden /AGDF) entwickelten in den 90er Jahren im Kontext der evangelischen Diskussion über die „Zukunft christlicher Friedensdienste“ den Begriff des Friedensfachdienstes, der analog zu den Entwicklungsdiensten politisch zu fördern sei. Es gelang ihnen aber noch nicht, ein Freiwilligengesetz durchzusetzen, das eine minimale soziale und Risiko-Absicherung der Freiwilligen sicherstellen würde (Visa-, Arbeitsgenehmigungs-, Steuer- u.a. Fragen). Ohne ein solches Freiwilligengesetz bleibt es auch schwierig, Freiwilligendienste von Ausländern in Deutschland/Europa, die länger als drei Monate dauern, zu organisieren.
- Im „Forum Ziviler Friedensdienst“ schlossen sich Mitte der 90er Jahre die säkularen und nicht-evangelischen Friedensdienste (z.B. auch Pax Christi), besonders aus dem Spektrum des BSV - zusammen, um politische Lobbyarbeit für eine massenhafte - auch außenpolitische - Alternative zum Militärdienst zu machen und dann auch eigene ZFD-Projekte zu entwickeln.
- In der „Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung“ (AGQ) für zivile Konfliktbearbeitung und ZFD fanden die Kräfte des Forums ab 1997 zu einem gemeinsamen politischen Projekt mit denen der AGDF zusammen. Darüber hinaus loteten sie in einem „Konsortium ZFD“ die Chancen der Kooperation mit den traditionellen Entwicklungsdiensten und staatlichen Stellen aus. Es zeigte sich, dass zunächst nur in Zusammenarbeit mit den organisatorisch erfahrenen Entwicklungsdiensten der neue Friedensfachdienst-Ansatz durchsetzbar (und finanzierbar!) war. Diesen Weg ging z.B. exemplarisch pax christi in Kooperation mit der katholischen Entwicklungsorganisation AGEH und dem Ost-Europa-Hilfswerk „Renovabis“, indem ein Versöhnungsprojekt in Banja Luka im serbischen Teil Bosniens aufgebaut wurde. (Heute „Mirna Luka“ = Friedlicher Hafen)
- Die Zusammenarbeit zwischen den neuen Initiativen zum Schalomdiakonat bzw. dem Zivilen Friedensdienst einerseits und den Entwicklungs- und freiwilligen Friedensdiensten andererseits war am deutlichsten und effektivsten im Fortbildungs- und Qualifizierungsbereich möglich und sinnvoll.

2. Das SPEKTRUM 2004 – im staatlichen bzw. staatsnahen Sektor

Seit einigen Jahren gibt es also nun Zivile Konfliktbearbeitung und Zivile Friedensdienste als politische Programme und Projekte, um Friedens- und Menschenrechtsarbeit zu verbinden, konkret um etwa Folgendes zu fördern: Solidarität mit den Abhängigen; Vermittlung zwischen Konfliktparteien als außenstehende „Dritte Partei, Aufdecken von strukturellen Ungerechtigkeiten, gemeinsame Lösungssuche mit allen Betroffenen, Verhinderung von Gewalt, Suche nach Win-Win-Lösungen, u.a.m.

Wie stellt sich die Situation 2003 dar? Es ist deutlich mehr an offiziellen staatlichen Initiativen in diesem Bereich hinzu gekommen. Wie das zu bewerten ist, wird zu diskutieren sein. Ich stelle zunächst einmal das Spektrum vor.

Politisch werden diese Neuansätze also seit 1997/98 „Friedensfachdienste“ genannt und sind seit 1998 dem BMZ angegliedert, über das auch Friedensorganisationen staatliche Gelder für Versöhnungs-, Menschenrechts- und Friedensprojekte bekommen können. Dem BMZ zugeordnet ist eine politische Fach-Beratungsstelle „FriEnt“ (Friedens-Entwicklung bzw. Frieden/Entwicklung) entstanden.

Wie stark diese politischen Ansätze mittlerweile das BMZ unter Ministerin Wieczorek-Zeul prägen, zeigen etwa die „Aktuellen Leitlinien“ (FR-Doku vom 10.7.03) zu „Europas Partner Afrika“ mit folgenden fünf Schwerpunkten:

1. Verbesserung der Regierungsführung (Good governance), Stärkung der Demokratisierung und Dezentralisierung, Achtung der MR und Stärkung der Position von Frauen
2. Krisenvorbeugung und Krisenfolgen-Beseitigung
3. „Investitionen“ in Menschen und Förderung sozialer Grunddienste, Seuchenbekämpfung (Aids)
4. Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft
5. Erhalt und nachhaltige Nutzung natürlicher Lebensgrundlagen

Ein fast 10 Jahre bestehendes, sehr praktisches politisches Forum der Zivilgesellschaft ist das „Forum Menschenrechte“. Es betreibt ständige Lobbyarbeit gegenüber der deutschen Regierung in Menschenrechtsfragen. In einem breiten Bündnis von über 40 bundesweiten Friedens- und Menschenrechts-Organisationen werden folgende Schwerpunkte politisch beobachtet, kommentiert und bearbeitet: Gewalt gegen Frauen, Flüchtlings- und Asylpolitik, Rassismus, Humanitäre Hilfe, „WSK“-Rechte (d.h. wirtschaftliche-soziale-kulturelle Rechte, z.B.: europäische Sozialcharta; soziale MR in Deutschland), Asyl und Minderheiten in der EU sowie Schutz von Menschenrechtsverteidigern.

Ein großer Erfolg im Inland ist die Errichtung des neuen Instituts für MR in Berlin ab 2002. Neben Information, Dokumentation und anwendungsorientierter Forschung zählen Politikberatung, menschenrechtsbezogene Bildungsarbeit und internationale Kooperation zu seinen Aufgaben. Es wird gemeinsam finanziert von den Ministerien Justiz, Außen und Entwicklung. Sein neuer Direktor, Dr. Heiner Bielefeld, ist Mitglied der Kath. Kommission Justitia et Pax.

Parallel dazu ist im letzten Jahr 2002 das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze in Berlin unter Leitung von Dr. Winrich Kühne geschaffen worden. Es bereitet zivile Fachkräfte für UN-, OSZE - und EU-Missionen vor, wie Wahlbeobachtung, Factfinding, Aufbau von Zivilgesellschaft, Nation building etc. - Drei zentrale Aufgaben hat diese juristisch unabhängige, aber dem Auswärtigen Amt zuarbeitende Stelle zu erfüllen:

- Vorbereitungskurse (Training Unit)
- Aufbau eines Personalpools von mehreren 1000 Fachkräften (Recruitment Unit)
- Analyse und konzeptionelle Entwicklung von Friedens-Einsätzen und internationaler Vernetzung (Analysis Unit)

Interessant ist auch, dass das seit einem Vierteljahrhundert existierende Diplomatenprogramm „InWent“ – bisher befasst mit Außenwirtschaftsförderung, Entwicklungs-Zusammenarbeit und Umweltdiplomatie - im letzten Jahr auf den Bereich Krisenprävention ausgedehnt worden ist, speziell für Teilnehmende aus Afrika. Zusammen mit dem BICC (Bonn International Center for Conversion) werden im ersten zweijährigen Pilotprogramm Krisenexperten aus Afrika zu jährlich zwei sechswöchigen Trainingskursen eingeladen. Ursachenanalyse, interkulturelle Kommunikation. Interministerielle Kooperation, Techniken für bi- und multilaterale Verhandlungen stehen auf dem Programm.

Schließlich weise ich hin auf eine vielversprechende Initiative zur Gründung einer neuen Präventions-Kommission bei der UNO: UNCOPAC. Sie wurde vorgeschlagen von der deutschen Delegation auf der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 und gestartet aus der Friedensforschung in Österreich „(Linzer Appell für Friedenspolitik“). Pax christi unterstützt dieses Statut für eine ***United Nations Commission on Peace and Crisis Prevention***“ (UNCOPAC), in dem es heißt:

„Zur Beförderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wird UNCOPAC im Vorfeld von gewaltträchtigen Konflikten präventiv tätig. Sie [die Kommission] initiiert und fördert Maßnahmen zur Weiterentwicklung der friedlichen Streitbeilegung und Krisenprävention. Sie unterstützt Schritte zur weltweiten Stärkung von Friedensarbeit, Friedenserziehung und Friedensforschung und koordiniert diese auf internationaler Ebene.“

Als ein politisches Gegenüber solcher staatlicher Stellen wird zunehmend die zivilgesellschaftliche „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ wahr genommen, in der ein breites Bündnis von Friedensforschung und Friedensbewegung kooperiert. In dieser Plattform wird derzeit ein „NRO-Aktionsplan zur ZKB“ erarbeitet (Eingabeschluss der Fragebögen war gestern, der 14.7.03!), der parallel und in streitigem Dialog – als „komplementäre Bestandsaufnahme“ - zum regierungsamtlich geplanten „Aktionsplan der Zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention für die BRD“ politisch eingebracht wird.

Diese Erhebung listet die Fülle von Aktivitätsmöglichkeiten auf, angefangen von der Förderung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen (incl. Wahlbeobachtung, Rechts-, Polizei- u.a. Fachberatung, Streitschlichtungsverfahren, etc) über friedenspolitische Aktivitäten (zu Wertefragen, Gerechtigkeit, Frieden, MR, Leitbilder, Genderfragen, etc) und politische Aktionen (vom Boykott bis zur Lobbyarbeit), Konfliktmanagement, Versöhnungsarbeit und zivile Friedensdienste, friedenspolitische Bildungsarbeit als „indirektes Konfliktmanagement“, friedenspolitische Lobbyarbeit und Friedensallianzen/ Netzwerkbildung bis hin zu vielfältiger Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kommen Aktivitäten der „Friedenskonsolidierung“ - mit Programmen zu Entwaffnung, Demobilisierung, Konversion, KDV und Resozialisierung - sowie die Förderung der Analyse und Instrumente der Friedensforschung. (Konfliktanalysen, Krisenbeobachtung, Monitoring, Best-Practice-Studien, usw.)

Für pax christi kann ich einige Knackpunkte nennen:

Unser wichtigsten Aktionsfelder sind ZFD, politische Lobbyarbeit für ZKB sowie eigene Projekte in Bosnien, Kosovo, Kolumbien und Nahost, sowie geplante u.a. auf den Philippinen, Sri Lanka und in Zentralafrika. Wir sind aber auch in der Bildungs- und Menschenrechtsarbeit aktiv – meist in Netzwerken und Bündnissen, über die auch politische Aktionen laufen. In diesen Zusammenhang gehört auch unser Engagement in der neuen Kooperation für den Frieden. Wir führen interreligiöse Dialoge und machen seit Jahrzehnten KDV-Beratung und Versöhnungsarbeit mit den Opfern des Nationalsozialismus.

Die zentralen „Knackpunkte“ sind bislang administrative Verzögerungen von Projektanträgen, Unterfinanzierung der eigenen Infrastrukturmittel sowie unzureichende Begleitung und Evaluation der Projekte.

Im Bereich der nichtstaatlichen Organisationen und deren Vernetzung ist also – auch und gerade mit Unterstützung kirchlicher Organisationen und in Kooperation mit staatlichen Stellen – eigentlich ein Maximum erreicht;

jedenfalls mehr als noch vor wenigen Jahren denkbar war. Ebenso ist im staatlichen Sektor institutionell einiges umgesetzt worden.

ABER man muss fragen: was hilft alle Lobbyarbeit, wenn die Eingaben scheitern an ministeriellen Machtworten, an internationalen Politikzwängen, an Opportunitätsgründen und Macht-Rücksichten?! Es ist ein ständiges Ringen – wer wüsste das besser als die Beteiligten! Man denke nur an die fragwürdigen Begründungen des Irakkrieges, deren Lügengebäude erst jetzt wirklich öffentlich werden – nachdem schon neue militärische Fakten geschaffen wurden.

3. Zum Verhältnis von Militär und ZKB

ZKB kann mit Militär kooperieren im konkreten Feld, wenn gegenseitige Bedingungen und Kompetenzen geachtet werden (VENRO-Papier 2003!) (VENRO = Verband Entwicklungspolitischer Nicht-Regierungs-Organisationen)

Das Militär sollte aber schleunigst Aktivitäten eines Technischen Hilfswerks oder der Humanitären Hilfe etc. einstellen – denn dazu ist es weder ausgebildet, befugt und qualifiziert noch wg. der existierenden Organisationen auf diesem Gebiet berechtigt. Solche Aktionen haben legitimatorischen Charakter und bestenfalls in Übergangssituationen ihre ausnahmsweise Berechtigung. Dies gilt letztlich auch für die Übernahme von Polizeibefugnissen!

Das CIMIC-Projekt „zivil-militärischer Zusammenarbeit“ in Bosnien ist daraufhin neu zu befragen!

Und: Vorsicht vor ideologischer Vereinnahmung durch Militär und Politik:

- Die Behauptung: „Militär ermöglicht erst ZKB und schützt die zivilen Experten!“ ist nachweislich falsch. Oft waren die Zivilisten vor den Militärs vor Ort.
- ZKB kann als ideologisches Beiwerk für militärische Interventionen missbraucht werden.
- Die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ u.a. offizielle Dokumente benutzen immer mehr die präventive Sprache, fördern aber „Präemptive“ Kriegspolitik, wie sich bei der deutschen Zustimmung zu den EU-Beschlüssen kürzlich in Thessaloniki gezeigt hat.

Im Dialog zwischen Polizisten, Militärs, Zivilen Friedensfachkräften und Humanitären Helfern sollten die Erfahrungen aus Krisengebieten ausgewertet werden und wirklich zivil glaubwürdige Wege weiter entwickelt werden, die die lokale Entwicklung fördern statt ihr eine internationale Struktur aufzupfropfen.

Dazu braucht es ein Umlernen der Militärs und neuer Ausbildungsprogramme für internationale Blauhelm-Kontingente, die in der Lage sein müssen, Gefahrenabwehr mit polizeilichen Mitteln zu gewährleisten - ohne militärische Strukturen und Methoden.

4. Fünf Thesen zur Zusammenfassung und Diskussion

1. Ja und Nein gehören in der Friedensarbeit zusammen: Demonstrationen gegen Krieg und Rüstung sowie konstruktive Entwicklung von Alternativen auf vielen Ebenen
2. ZKB ist eine Alternative, nicht eine Ergänzung von militärischer sog. Konfliktlösung, d.h. sie kann zwar mit Militär kooperieren im konkreten Feld, wenn gegenseitige Bedingungen und Kompetenzen geachtet werden (VENRO-Papier 2003), muss sich aber vor ideologischer Vereinnahmung durch Militär und Politik hüten!
3. ZKB ist ein grundsätzlich positives Programm, das – mit vielfältigen Methoden arbeitet, Konflikte als Chancen ernst nimmt, Dialogbereitschaft und Lernfähigkeit auf allen Ebenen fördert und die Erkenntnis und Erfahrung vermittelt, dass es viele „Dritte Wege“ zwischen Gewalt und Feigheit/ Nichtstun gibt.
4. Prävention ist strikt zivil zu definieren und zu praktizieren. „Präventivkrieg“ ist ein ideologischer Diebstahl des Wortes „präventiv“ von der Zivilgesellschaft, um alte Politik neu zu rechtfertigen.
5. Das pazifistische Dilemma zwischen der Option für die Opfer von Gewalt und der Option für Gewaltfreiheit kann nur durch internationales Recht samt Justiz- und Polizeibefugnissen überwunden werden.

5. Anhang: ERFAHRUNGEN - Oekumenischer Dienst / Schalomdiakonats

Erfahrungen beim Aufbau des Schalomdiakonats

„Schalomdiakonats“ bezeichnet seit Anfang der 90er Jahre - damals unter Berufung auf die Beschlüsse der Ökumenischen Versammlungen zwischen 1988 und 1991 (in Dresden, Basel und Seoul) - einen Lebens- und Berufsentwurf, der nach eingehender Prüfung und Qualifizierung von berufskundigen Menschen über 30 eingeschlagen werden kann, um stärker für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung zu arbeiten. In der Nachfolge des „gewaltfreien Jesus“ wird damit auf unabhängiger Basis in den Kirchen - auch gefördert von ihnen - ein Netz von Personen geknüpft, die hauptamtlich und professionell für solche Arbeit verfügbar sind - entweder langfristig oder immer wieder kurzfristig, entweder im veränderten alten Beruf oder in völlig unkonventionellen Wegen. Sie setzen mehr auf

„Präsenz“ als auf Macht, mehr auf die „Kraft der Wahrheit“ als auf andere „Durchsetzungs“-Kraft.

Wir haben jetzt über fünf Jahre Erfahrungen mit dem Qualifizieren, Vermitteln und Begleiten von knapp 40 Teilnehmenden langfristiger Basisseminare von etwa einem Jahr Dauer und etwa doppelt so vielen, die sog. Orientierungs- und Grundkurse zum Schalomdiakonats belegt haben (4 Wochenenden und eine Abschlußwoche). Die spirituelle Vertiefung, das methodische Training sowie die historisch-politische Analyse und Perspektive gehörten in dieser Fortbildung immer zusammen.

Unsere Erfahrungen bei den bisherigen Absolventen sind grob gesagt so, daß ein Drittel zunächst keine Grundsatzentscheidungen trifft, sondern die Anregungen gewissermaßen in Ruhe verarbeiten und biographisch integrieren möchte; ein weiteres Drittel geht in selbst schon entwickelte Projekte oder ins eigene Berufsfeld zurück, um dort neue Akzente zu setzen; ein weiteres Drittel beginnt einen völlig neuen Weg und sucht und erwartet „Vermittlung“. Dies ist ihnen bzw. uns ausnahmslos, wenn auch manchmal nicht einfach, gelungen. Das Engagement im In- und Ausland hält sich dabei die Waage. Da es aber im politischen Feld trotz vieler Fürsprecher und eines gewissen Trends noch an genügend Mitteln fehlt, hat sich eine neuen Form „Freier Mitarbeiterschaft“ herausgebildet, bei der AbsolventInnen auf eigenes Risiko, aber mit Spendenunterstützung neue Wege entwickeln - und zwar im In- und Ausland. Hier sind auch jenseits des Kurssystems Menschen mit genügenden Vorerfahrungen hinzugestoßen, die diesen offenen langfristigen Rahmen des Oekumenischen Dienstes für ihre Friedens- und Versöhnungsarbeit schützen.

Mit dem Projekt "Schalomdiakonats" haben wir eine im Prinzip eigenständige, aber auch kirchlich getragene und christlich inspirierte Form langfristigen bis lebenslangen Dienstes für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung entwickelt und als Pilotprojekt des „Oekumenischen Dienstes“ (OeD, Laurentiushof Wethen, 34474 Diemelstadt) seit 1994 erprobt. Die kirchliche Unterstützung war allerdings deutlich "evangelisch-lastig"; die katholische finanzielle Unterstützung lag bei einem Zehntel der evangelischen. Mittlerweile machen die Kirchenmittel weniger als die Hälfte aus; die Finanzierung erfolgt zunehmend über Stiftungen, Spenden und Beiträge. Mittlerweile sind viele aus- bzw. fortgebildete berufskundige Menschen über 30 Jahre in Projekte im In- und (meist osteuropäischen) Ausland gegangen, die sie z.T. selbst begonnen und verantwortet haben. Der OeD stellt sich die Aufgabe, interessierte und geeignete Menschen zu finden, zu qualifizieren, zu vermitteln und zu begleiten, die ihre beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen langfristig verstärkt in den Dienst von Gerechtigkeit, Frieden und Schutz von Leben und Schöpfung stellen wollen - d.h. (a) vollzeitig, (b) auf Abruf immer wieder einmal oder (c) durch Veränderung ihrer Arbeitsplatzbeschreibung" im alten Beruf.

Einige aktuelle Beispiele, die alle schon anfanghaft verwirklicht werden, seien genannt. Im Inland treten besonders folgende Aufgabenfelder des Schalomdiakonats in den Vordergrund:

- * Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten und multikulturellen Wohngebieten
- * offen(siv)e interkulturelle Jugendarbeit in Deutschland
- * Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit (von interkultureller Kooperation bis Kirchenasyl)
- * Mediation in vielfältigen Zusammenhängen (familien-, berufsgruppen-, gesellschaftsbezogen)
- * Konfliktbearbeitung in Schulen und Jugendzentren ("Schritte gegen Tritte" u.a.)
- * Training in gewaltfreier Aktion in gesellschaftlichen Konflikten

Im Ausland wären vorrangig derzeit zu nennen:

- * Verständigungs-, Versöhnungs- und Hilfsdienste wie z.B. der internationale Eskortendienst für gefährdete Personen der Peace Brigades International (PBI)
- * Krisendiplomatie durch NRO-Angehörige
- * Aufbau von Schalomzentren in Konfliktgebieten zur Fortbildung in gewaltfreien Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionsmöglichkeiten
- * Wahlbeobachtungsprogramme der Kirchen, der OSZE u.a. NRO's (Monitoring)
- * Versöhnungskommissionen und Runde Tische zur Aufarbeitung erfahrenen Unrechts
- * Traumaarbeit, Rück-/Begleitung von Flüchtlingen und Flüchtlingssozialarbeit
- * Interreligiöse Verständigungs- und Versöhnungsarbeit (z.B. „Abraham“ in Sarajevo)
- * Auslandsdienste für Versöhnung und Gemeinwesen aufbau der Stiftung „die Schwelle“ (Bremen)

Einige meiner wichtigsten Einsichten bei der Entwicklung dieses Projekts halte ich fest:

- * Ein völlig neues Verhältnis zu "Erfolg" und zum "Machen" ist konstitutiv für professionelle Friedensarbeit.
- * "Aktives Zuhören", verstehende Gesprächsführung und vermittelnde Mediation als Beispiel de-eskalierender Methoden, aber auch konflikt-eskalierende oder gar konflikt-inszenierende soziale Bewegungen sind von der Achtung vor dem "Gegner" geprägt.
- * Das Einmaleins der Gewaltfreiheit ist auf drei Ebenen durchzubuchstabieren (ethisch, historisch-politisch und methodisch). Es widerspricht den alltäglichen persönlichen wie gesellschaftlichen Usancen, muß und kann aber neu erlernt werden.

Dazu ein bestätigendes und ermutigendes Zitat von Papst Johannes Paul II (Hvhbg.RV):
"Vor allem müssen wir, damit der Friede in unseren Herzen regiere, auf alle Formen von Gewalt und Haß verzichten. (...) Einige mögen euch sagen, daß die Wahl der Gewaltfreiheit ('non-violence') schlußendlich eine passive Hinnahme von Unrechtssituationen sei. Sie können behaupten, keine Gewalt einzusetzen gegen das, was schlecht ist, oder es abzulehnen, Unterdrückte mit Gewalt zu verteidigen, sei Feigheit. Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. Es ist nichts Passives an der Gewaltfreiheit, wenn sie von der Liebe bestimmt ist. Das hat nichts mit Gleichgültigkeit zu tun. Es ist eine aktive Suche, 'das Böse durch das Gute zu überwinden', wie der Heilige Paulus uns mahnt (Röm 12,21). *Die Mittel der Gewaltfreiheit zu wählen*, heißt eine mutige Wahl für die Liebe zu treffen, eine Wahl für die aktive Verteidigung der Menschenrechte und ein entschlossenes Engagement für Gerechtigkeit und eine harmonische Entwicklung." (am 15.9.1988 in Lesotho/Südafrika, zitiert und übersetzt nach der frz. Ausgabe des Osservatore Romano v.1.11.1988, S.9)

- * Prozesse sind ebenso wichtig wie Ergebnisse, ja: die Fixierung auf Ergebnisse verhindert notwendige Prozesse, während das verstärkte Augenmerk auf Versöhnungs-, Heilungs-, Gesprächs- und Lernprozessen oft un(v)erhoffte Lösungen ergibt.

Zum Spannungsfeld von Prozeß und Ergebnis ein kurzer aktueller politischer Exkurs: Es ist ein wesentlicher und entscheidender Unterschied, ob solche „Friedensverhandlungen“ staatlich initiiert unter militärischem Druck verlaufen (wie z.B. in Dayton zu Bosnien und in Rambouillet zum Kosovo) oder aber nichtstaatlich bzw. kirchlich begonnen und begleitet werden (wie z.B. in Rom bei Sant Egidio zu Mosambik oder auch bei der Beendigung der Apartheid in Südafrika). Erstere können offenbar nur militärisch abgesichert bestehen und tragen meist den Keim neuer Kriege in sich, wenn sie nicht nachträglich und quasi ergänzend

zum Militär zivilgesellschaftliche Versöhnungsprozesse erleben; letztere dauern länger, sind ergebnisoffener, aber führen im positiven Fall zu wirklichem Konsens.

Wohin „RAMBOuillet“ führte - so veränderte ein Leserbriefschreiber der Frankfurter Rundschau im April 1999 sarkastisch den Schloßnamen nach fast anderthalb Monaten pausenlosen NATO-Bombardements -, ist traurige und blutige historische Realität geworden. Der Kosovokrieg wurde mit moralischem Menschenrechts-Pathos des Westens gegen die menschenverachtende völkisch-nationale Politik Jugoslawiens geführt - gewissermaßen mit den Kategorien des gerechten Krieges, aber mit High-Tech-Vernichtungs-Waffen - und verstärkte viele Probleme, die er lösen sollte. Hier wurde nach einem versäumten Jahrzehnt möglicher Vorbeugung und Versöhnung im Kosovo - unter dem pazifistischen Führer Rugova - international wieder zur „ultima (ir)ratio“ gegriffen. Es bleibt zu hoffen und die Kirchen haben dafür zu arbeiten, daß im Sinne eines politischen Pazifismus künftig Menschenrechtsverstöße durch internationale Schiedsgerichtsbarkeit und UNO-Polizei überwunden werden, aber nicht länger durch solche nicht-erklärten Kriegseinsätze am Völkerrecht vorbei. Menschenrecht und Völkerrecht kann man nicht auseinanderreißen, ohne selbst ins Unrecht zu geraten. So ist zu hoffen, daß dies der letzte Krieg alter Art gewesen ist und sich die Internationale Gemeinschaft endlich zu einem nichtmilitärischen Sanktionssystem durchringt, das die „Institution des Krieges“ überwindet.

Einordnende Überlegungen

Der Oekumenische Dienst/Schalomdiakonat steht „zwischen“ allen diesen Organisationen und Initiativen zur ZKB als ein neuer Ansatz, Personalressourcen nicht zuletzt für diese zu erschließen und zu qualifizieren. Sein Anliegen ist sowohl ein berufspolitisches als auch ein persönlichkeitsbildendes, er qualifiziert für eine neue „Haltung“ und einen neuen „Berufsansatz“ und bettet sein Anliegen ein in die Vielfalt sonstiger „Schalom-Dienste“ kurz- und mittelfristiger Art.

Folgendes Schaubild mag dies verdeutlichen:



| | |
|---|------------|
| Beruf | Engagement |
| Qualifizierung für langfristigen Dienst für Gerechtigkeit, Frieden u. Schöpfung | |
| © Reinhard J. Voß | |

Liest man die vorhergehende Skizze in Richtung der Pfeile, so zeigt sich allerdings eine gegenseitige Bedingtheit, Abhängigkeit und Fortentwicklung, sowie eine gleichsam spiralenförmige Weiterentwicklung, die man in verschiedenen Lebensphasen zwischen fachdiakonischer und allgemein-engagierter Ebene durchlaufen kann.

Haltung:

Es geht um die Ausbildung (zu) einer Haltung der Versöhnung und Verzeihung, des Verstehens und der Empathie, des Aktiven Zuhörens und des nicht-anklagenden Ratgebens, kurz: der „Präsenz“. Diese Haltung setzt Demut und Mut voraus - zwei Formen des Zurückstellens der eigenen Person zugunsten einer anderen Person oder eines übergeordneten Zieles. Dies wiederum setzt eine grundlegende Klärung der eigenen Motive und Grundlagen des „Helfers“ voraus - z.B. eine Überwindung des „Helfersyndroms“; ich möchte es in Kombination von christlicher Haltung und humanistischer Psychologie nennen: eine Einbettung in Gottvertrauen und Selbstachtung.

Handlung:

Unter Handlungen sind hier die selbstverständlichen Folgen einer solchen Haltung - immer mehr wachsend und reifend - gemeint.

Engagement:

Das bürgerschaftliche Engagement in den (alten und neuen) sozialen Bewegungen - in der Friedens-, Frauen-, Umwelt-, EineWelt- und Menschenrechtsbewegung beispielsweise - geschieht weitgehend „ehrenamtlich“, d.h. unentgeltlich und neben der beruflichen oder häuslichen Tätigkeit. Soziologen wie Ulrich Beck fordern mittlerweile eine Bezahlung oder mindestens Rentenanrechnung solchen gemeinschaftsfördernden Engagements. Dazu gehören aber auch die kurz- und mittelfristigen Freiwilligendienste (für Frieden, Versöhnung, Umwelt und Ökologie, Soziale Dienste). Man nannte bislang solche Dienste, dauerten sie drei Jahre, schon „langfristig“; im neuen Kontext wird deshalb zwischen „befristeten“ und „unbefristeten“ „Schalomdiensten“ unterschieden (Froehlich u.a. 1991, passim).

Beruf(ung):

Hier geht es um eine neue, in den letzten Jahrzehnten gewachsene Berufung, aus der ein neues Berufsfeld entsteht:

- Diakonie und Caritas zusätzlich mit der Aufgabe des „Schalomdiakonats“ zu betrauen, um durch Friedens- und Versöhnungsarbeit eine Kultur des Friedens aufbauen zu helfen, ist relativ neu.
- Entwicklungshilfe mit dem Schwerpunkt Zivile Konfliktbearbeitung zu ergänzen, ist eine gerade neu erkannte und politisch endlich unterstützte Aufgabe.
- Freiwillige Friedens- und Zivildienste zu „Friedensfachdiensten“ weiterzuentwickeln, führt zu einem neuen Ansatz von Hauptamtlichkeit im Friedensdienst, der langfristig als

Lebensentwurf möglich ist und in wechselnden Arbeitsfeldern, Projekten und Notsituationen, Aufgabenbereichen, Initiativen und Institutionen „auf Abruf“ geschieht.

(aus: Reinhard J. Voß, Schalomdiakonot, Idstein 2000, S. 145-8)